

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Maxim Butkewitsch im Interview mit der Deutschen Welle in Kiew, 2016.

KRIEG IN DER UKRAINE

Freiheit für Maxim Butkewitsch!

Der bekannte ukrainische Menschenrechtsaktivist und Journalist Maxim Butkewitsch, mit dem wir oft zusammengearbeitet haben, wurde zwischen dem 21. und 24. Juni 2022 von der russischen Armee mit anderen Soldaten seiner Einheit in der Region Luhansk gefangen genommen. Eine internationale Kampagne fordert seine Freilassung.

Der Aufenthaltsort von Maxim ist unbekannt und weder seine Eltern noch seine Freunde oder Freundinnen konnten Kontakt zu ihm aufnehmen (Stand: Redaktionsschluss dieser Archipel-Ausgabe). Kurz nach dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im März 2022 hatte sich Maxim als Freiwilliger bei den ukrainischen Streitkräften gemeldet, obwohl er als überzeugter Antimilitarist bekannt war. Doch für ihn blieb in diesem Moment kein anderer Weg, weil – nach seinen eigenen Worten – «wir weiter die Möglichkeit haben möchten, die Werte umzusetzen, für die wir stehen und die uns vom Aggressor unterscheiden.¹ Seit seiner Gefangennahme wird Maxim in den staatlichen russischen Medien als Propagandist des sogenannten faschistischen «Maidan-Putsches»² und als Nazi verleumdet. Wer Maxim persönlich kennt, kann nur angewidert den Kopf schütteln über diese Desinformationskampagne, die darauf abzielt, ihn zum Abschuss freizugeben. Seit Jahren

haben wir mit Maxim zusammengearbeitet, um verschiedenste zivilgesellschaftliche Initiativen in der Ukraine zu stärken. So war er z. B. unser Gast in der Schweiz, als er am 29. Juni 2014 an der Tagung «Die Ukraine im Umbruch – Was können wir zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen?» im Kornhausforum in Bern teilnahm. Wir kennen Maxim seit über 15 Jahren als engagierten Kämpfer gegen alle Formen der Diskriminierung. Er ist Mitbegründer und Koordinator des «No Borders Projects, das sich für internationale Geflüchtete und seit 2014 auch für die Binnenflüchtlinge in der Ukraine einsetzt. Zudem ist er Gründungsmitglied des «ZMINA Human Rights Center» und des freien Radios «Hromadske», wo er in den Jahren 2013 und 2014 als Journalist tätig war. Er arbeitete als Auslandskorrespondent für mehrere ukrainische TV-Sender und den BBC World Service. Ausserdem beteiligte er sich an der Organisation der «Docudays UA», einem jährlich in Kiew

stattfindenden internationalen Dokumentarfilmfestival für Menschenrechte. In diesem Rahmen bestritten wir gemeinsam im Jahr 2016 öffentliche Debatten über die ukrainische und europäische Flüchtlingspolitik nach dem «Sommer der Migration» 2015.

Maxim setzte sich konsequent gegen Rassismus und die Verwendung von «Hate Speech» in den Medien und im öffentlichen Diskurs ein. Dies trug ihm sowohl verbale als auch physische Angriffe von ukrainischen Neonazis ein. Schon allein diese Tatsache zeigt, dass die Beschuldigung der russischen Propaganda, Maxim sei ein Nazi, völlig absurd ist.

Die Eltern von Maxim schwiegen mehrere Wochen lang, um ihn nicht zu gefährden, und hofften in dieser Zeit auf ein Lebenszeichen ihres Sohnes – ohne Erfolg. Schlussendlich wurden für sie die Verleumdungen der russischen Seite gegen Maxim unerträglich und sie entschlossen sich deshalb, an die breite Öffentlichkeit zu treten, um ihren Sohn zu verteidigen. Seitdem wird in der internationalen Presse über ihn berichtet und eine Kampagne für seine Freilassung ist im Gange³. Auch das «Internationale Komitee vom Roten Kreuz» (IKRK) wurde eingeschaltet – die einzige Organisation, die Zugang zu dem Kriegsgefangenen erhalten könnte. Doch dies kann Monate dauern, und solange es kein Lebenszeichen von Maxim gibt, schreien wir in die Welt hinaus: Freiheit für Maxim Butkewitsch!

Michael Rössler

1. Interview mit Maxim Butkewitsch, Hromadske Radio, 4.2022
2. Offizielle Lesart des Euromaidan durch die russische Regierung
3. Unter dem Hashtag #FreeMaksymButkevych sind Informationen und Solidaritätsbotschaften zu finden. Siehe auch: <https://www.nestu.org/butkevych-graty-juli-2002>

Was für ein Sieg?

Ist der alles verschlingende Ruf nach (militärischem) Triumph das Einzige, was in diesem zerstörerischen Krieg in und um die Ukraine bleibt? Der folgende Artikel umfasst drei Narrative zum Thema «Sieg in der Ukraine», die unterschiedlicher nicht sein könnten: dasjenige des russischen Kremls, der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk und der ukrainischen Regierung.¹

«Hurra, wir werden siegen!» – unter diesem Slogan mobilisieren gegenwärtig alle Seiten, die in der Ukraine gegeneinander Krieg führen. Aus Sicht des Kremls in Moskau gilt es, in der Ukraine den westlichen «Nazismus» zu besiegen. Für viele Bewohner:innen der besetzten Gebiete um das ostukrainische Luhansk und Donezk heisst «Sieg» eine durch Russland unterstützte Zementierung der eigenen Staatlichkeit und Sicherheit von der «anderen Seite», als die Kyiv hier wahrgenommen wird. Und für Ukrainer:innen bedeutet er die bedingungslose Wiederherstellung der territorialen Integrität ihres Landes in den Grenzen von vor 2014. Dass die drei oben erwähnten Interpretationen von «Sieg» kaum miteinander zu vereinbaren sind, liegt auf der Hand. Was aber steht hinter der Idee, die dreimal gleich, aber aus so unterschiedlichen Positionen herausposaunt wird? Was sind die Probleme, die daraus entstehen? Und gibt es in Russland, im Donbass und in der Ukraine Alternativen zu einem kompletten, rein militärischen Sieg? Die folgenden Schnappschüsse aus drei unterschiedlichen Perspektiven sollen ein Denkanstoss für die Suche nach Antworten auf diese Fragen sein.

Kampf gegen den Westen

In seinen Reden von Ende Februar ruft der russische Präsident Vladimir Putin zur «Retzung» der Bevölkerung des Donbass und zur «Demilitarisierung» und «De-Nazifizierung» der Ukraine auf. Die Putinschen Reden sind unterdessen vielfach geteilt und analysiert, und seine Idee des totalen Siegs und die damit verbundenen Befehle zur Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk und zur militärischen «Spezialoperation» in der Ukraine sind bestens bekannt, denn sie haben zu einem brutalen Angriffskrieg auf die ganze Ukraine geführt, der die ganze Welt in Atem hält. Frappant sind dabei unter anderem die historischen Parallelen, derer sich Putin bei seiner Argumentation bedient: Wie schon 1941 sei Russland auch heute gezwungen, «heldenmässig» seine Werte und die territoriale Eigenständigkeit gegen einen äusseren Feind zu verteidigen, der andernfalls alles zu verschlingen drohe. Die Propagandamaschine des Kremls hat die Vergangenheit schon seit geraumer Zeit immer mehr gezielt für ihre politischen Ziele instrumentalisiert: Seit Putins Amtsantritt Ende 1999 fand denn eine graduelle Hegemonisierung des zum

«Siegeskult» heraufbeschworenen Triumphdiskurses der sowjetischen Armee über Nazi-Deutschland statt (1945), was die zentrale Rolle des russischen Staates als Helfer und Retter herausstreichen und kritische Stimmen aus der Vergangenheit, etwa über das Leiden der sowjetischen Bevölkerung unter dem eigenen Regime, ausschalten soll. Bei Putins Argumentation und seinem Vergleich mit 1945 fällt auf, dass es ihm beim aktuellen Krieg gar nicht in erster Linie um die Ukraine geht (diese wird beispielsweise in der Rede zur Eröffnung der «Spezialoperation» am 24. Februar erst gegen Ende erwähnt). Vielmehr wird diese von Moskau als Puffer zwischen den Einflusszonen der Grossmächte instrumentalisiert, wobei es für die russische Führung in erster Linie gilt, der «drohenden Gefahr» des stets weiter nach Osten vorrückenden globalen Westens zu trotzen, verkörpert durch die NATO-Mächte und vor allem die Vereinigten Staaten.

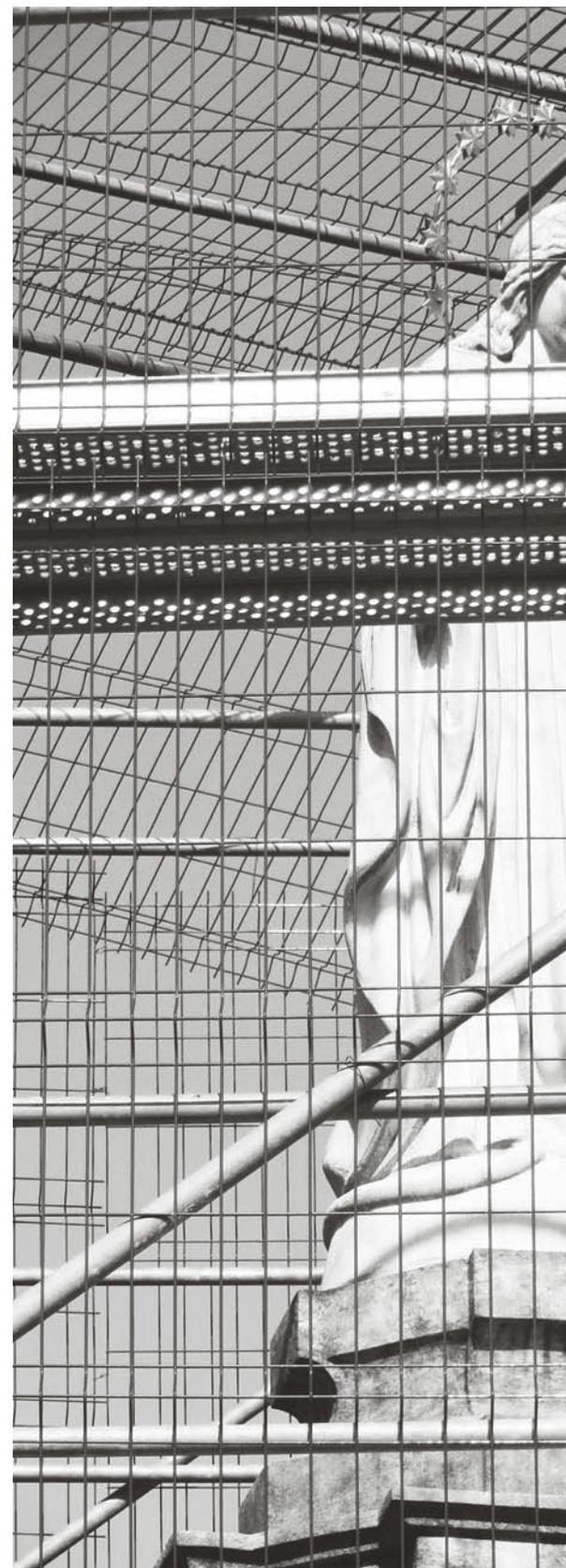
Bei diesem Ruf nach dem «totalen Sieg» gegen den Westen, nach der Hochhaltung slawischer Werte und dem Wunsch nach Anerkennung als Grossmacht erstaunt, auf welch fruchtbaren Boden er in den Reihen der eigenen Bevölkerung fällt. (...) Längerfristig birgt die aggressive Siegespropaganda der Regierung aber erhebliches Gefahrenpotenzial für die Stabilität im Vielvölkerstaat Russland, nicht nur weil die Wirtschaft durch Boykotte geschwächt und viele Russ:inn-en durch den staatlichen Repressionsapparat in die Emigration getrieben werden. Sondern auch weil bei einem Andauern des Krieges in der Ukraine die Bekanntmachung von Opferzahlen unter den Soldaten und eine Generalmobilmachung der russischen Armee zu erheblichen Rissen in der Bevölkerung, zur Mobilisierung von bis jetzt uninteressierten Bürger*innen und zur Bildung eines politischen Untergrunds führen könnte. (...)

An der innerukrainischen Front

In den schon seit 2014 nicht von Kyiv kontrollierten Regionen im ostukrainischen Donbass, den sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk, wird inhaltlich der gleiche Siegesdiskurs vermittelt wie in Moskau, grösstenteils dankbar und unkritisch aufgesogen von der neuen Elite und von einer Bevölkerung, die in den vergangenen acht Jahren zunehmend zum Spielball äusserer Mächte geworden ist. Was bedeutet es, wenn die Lehrerin einer Donezker Sekundar-

schule im Klassenchat ihren Schützlingen zum 9. Mai gratuliert mit der Nachricht «Wir haben 1945 gesiegt, und wir werden auch heute siegen! Hurra!»...? Ist es echter Militarismus und gezielte Indoktrinierung von Kindern, oder ist es einfach nur Naivität, oder Ausdruck der eigenen Ohnmacht?

Vor gut acht Jahren noch war Donezk eine blühende Millionenstadt mit Wirtschaftsbeziehungen und Verwandtschaftsnetzwerken in der ganzen Ukraine. Heute liegt es auf der anderen Seite einer neuen innerukrainischen Grenze, ein Grossteil der Bevölkerung ist ausgewandert, und der zurückgebliebene harte Kern lebt schon seit acht Jahren unter Beschuss und im Krieg gegen die einstige eigene Heimat. Gleichzeitig wurde aber auch tatkräftig am eigenen Staat gebaut: Mit der Unterstützung Russlands schuf man Institu-



tionen, ein eigenes Erziehungswesen, Telefon- und Fernsehnetze und eine Armee – und die wirtschaftlichen Transaktionen wurden auf den russischen Rubel umgestellt.

Dieser Status zwischen den Fronten, gekoppelt mit den schmerzhaften Erfahrungen des Krieges von 2014, hat zu vielen Problemen und zu einer zunehmenden Abkoppelung der Regionen vom Rest der Ukraine und einer Hinwendung zu Russland geführt. Das Leben wurde für die Bewohner:innen komplizierter. Man musste lange Wartezeiten und Umwege in Kauf nehmen, wenn man auf die andere Seite der neuen inneren Grenze gelangen wollte. (...)

Mit Russlands unilateraler Anerkennung der beiden «Volksrepubliken» als unabhängige Staaten, und vielmehr noch mit dem Beginn des Militärschlags gegen die Ukraine Ende Februar 2022 ist eine verhandelte Lösung

für den politischen Status von Donezk und Luhansk in weite Ferne gerückt: Auch in den sogenannten Volksrepubliken dominieren im allgemeinen Schlachtgetümmel nun die Hardliner, die nach einer rein militärischen Lösung rufen. «Hurra, wir werden siegen!». Wenn dieser «Sieg» für Moskau jedoch den Triumph über «Nazideutschland» und über den globalen Westen bedeutete, so geht es in Donezk und Luhansk in erster Linie um die Zementierung der eigenen Staatlichkeit, und um eine definitive Ablösung von Kyiv. Dass dies mit militärischer Gewalt, der gegenseitigen Zerstörung von Infrastruktur und unter zahlreichen menschlichen Opfern auf beiden Seiten geschieht ist umso tragischer, als sich an dieser innerukrainischen Front nicht selten Verwandte, ehemalige Freundinnen und Freunde oder Klassenkamerad:inn:en gegenüber stehen, mit denen man irgendwann, falls man überlebt, das friedliche Zusammenleben wieder vollkommen neu erlernen muss.

Ein neuer Autoritarismus?

Der in den Vereinigten Staaten lehrende ukrainische Politologe Serhi Kudelia hat in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 11. Mai 2022 kürzlich deutlich vor einem neuen Abdriften der Ukraine in Richtung Autoritarismus gewarnt. Schuld daran seien nicht nur der Zentralisierungswille und die erlahmende Reformfreudigkeit von Präsident Selenski, sondern auch der dominante «Hurra»-Diskurs in der Bevölkerung, der einen kompletten (militärischen) Sieg der Ukraine gegen Russland und seine Stellvertreter im Donbass fordere, ohne Rücksicht auf zivile Opfer und den Schäden an staatlicher Infrastruktur, die daraus entstehen.

Dieser Ruf nach dem «kompletten Sieg» ist schon vor dem russischen Einmarsch durch eine kleine, aber einflussreiche Minderheit unter den ukrainischen Eliten laut geworden. Seit verganginem Februar wurde er aber zum absoluten, alles beherrschenden Masterdiskurs, der von niemandem und nirgends Widerrede duldet – weder im eigenen Land noch von der internationalen Gemeinschaft und von Verbündeten in westlichen Staaten. Diese Hegemonisierung des Siegesdiskurses in der Ukraine führte dazu, dass erfahrene Friedensstifter:innen, die sich einst für inklusive Verhandlungslösungen eingesetzt hatten, plötzlich zu radikalen Verfechter:inn:en von Militärschlägen und unilateralen Entscheidungsstrategien wurden. Auch innenpolitisch seit dem Einmarsch der russischen Truppen kaum noch etwas anderes als der Kurs auf einen «kompletten Sieg» durchsetzbar; paradoxerweise, denn laut Kudelia bringen sich die Ukrainer:innen so um das eigene Mitspracherecht und um die in den vergangenen Jahren zäh erkämpften demokratischen Errungenschaften. (...) Diese Entwicklung in Richtung Autoritarismus und unilaterale Entscheidungsformen ist gefährlich, weil sie die Zementierung der geopolitischen Gräben weiter vorantreibt und dadurch die Möglichkeit eines Waf-

fenstillstands und einer schnellen Lösung des Konflikts mit Russland in weite Ferne rücken lässt. (...)

Raum für Zwischentöne!

Im Strudel der unilateralen Siegesdiskurse und der allseitigen Radikalisierung ist es schwierig, sich mit alternativen Ideen und Vorschlägen für Kompromisse und Verhandlungslösungen gegen den Strom zu stellen. Dies ist eine in der Konfliktforschung leider nur allzu oft beobachtete Entwicklung, da gerade die unmittelbare Erfahrung des Konflikts und die daraus entstandene Bedrohung für Leib und Leben – und für das Überleben des eigenen Staates, wie das im Fall der Ukraine stark zum Ausdruck kommt – wenig Raum lässt für differenzierte Zwischentöne. Im Gegenteil, es wird von allen und jedem eine klare Positionierung bis hin zur Verleugnung der eigenen Identität verlangt. Ein Beispiel hierbei sind die jüngsten Entwicklungen in der Wissenschaft: Forschende, die den Krieg zwar an den Pranger stellen aber sich weigern, politisch Stellung zu beziehen oder den Kontakt zu Kolleg:inn:en in Russland abubrechen, werden auch in Westeuropa klar verurteilt, alte Freundschaften werden gekündigt, die akademische Professionalität aberkannt. Dennoch ist es aber wichtig, dass gerade in der Wissenschaft Stimmen, die sich zwischen den politischen Polen bewegen, Raum finden. Einerseits weil unilaterale Siegesdiskurse und propagandistische «Wahrheiten» immer nur höchstens die Hälfte des real Geschehenen zu erzählen vermögen: Wo hat etwa im Ruf «Nieder mit allen Russen!» die Geschichte der Petersburger Soldatenmutter Platz, die dank ihres mutigen Einsatzes nicht nur ihren eigenen Sohn, sondern mit ihm auch noch vierzig andere, illegal an die Front geschickte russische Rekruten aus der Ukraine zurückholte? Oder was macht die Aussage «im Donbass sitzen lauter Kriminelle» mit der Sozialarbeiterin aus Donezk, die Tag für Tag auf eigene Kosten aus Mariupol evakuierte Kinder nach Polen fährt, damit sie von dort aus mit ihren Verwandten in der Ukraine wieder zusammengeführt werden können? Oder was macht die in Russland verbreitete Haltung «jegliche Meldung von ziviler Zerstörung in der Ukraine ist fake» mit dem Bild der Pianistin im Kiever Vorort Irpin, die auf ihrem verstaubten, aber wie durch ein Wunder von den Bomben verschonten Flügel gegen die sie umgebende Zerstörung anspielt? Es sind aber genau solche Zwischentöne und solche Geschichten, die die andere Seite nicht pauschal verurteilen und als monolithisches Ganzes darstellen, die helfen, Gedanken, Kontakte und Netzwerke aktiver oder potenzieller Zusammenarbeit zu erhalten, die irgendwann in der Zukunft wichtig sein werden: Für den Wiederaufbau und für eine Normalisierung der Beziehungen unter Menschen, die zusammen in dieser zerstörten Umgebung leben müssen.

Cécile Druey*

*Historikerin und Forscherin an der Universität Bern zu den Konflikten im post-sowjetischen Raum und Praktikerin in der Friedensförderung, u.a. bei der schweizerischen Friedensstiftung swisspeace (2011 bis 2017) und als Mitstreiterin der «Women's Initiatives for Peace in Donbas/s (WIPD)» (seit 2014).

1. Der ungekürzte Artikel erschien in «Neue Wege», 6/22 unter dem Titel «Hurra, wir werden siegen – aber zu welchem Preis?», Zürich, 30. Mai 2022



Eine Marienstatue in Lviv kurz vor ihrer Verschleierung durch Sandsäcke zum Schutz gegen die russischen Raketen.

Das Recht auf Widerstand

Seit dem 24. Februar ist der Krieg in der Ukraine Gegenstand zahlreicher Erklärungen, auch innerhalb der internationalen feministischen Bewegung. Die Stimme der ukrainischen Feministinnen wurde jedoch bislang nicht gehört. In einem Manifest rufen sie dazu auf, das Recht der Frauen* zu verteidigen, Widerstand zu leisten und ihre politische Strategie gegenüber der ukrainischen Regierung eigenständig zu bestimmen. Hier ihr Manifest:

Wir, Feministinnen aus der Ukraine, rufen Feministinnen auf der ganzen Welt auf, sich mit der Widerstandsbewegung des ukrainischen Volkes gegen den von der Russischen Föderation entfesselten räuberischen, imperialistischen Krieg zu solidarisieren. Kriegsnarrative stellen Frauen* oft als Opfer dar. In Wirklichkeit spielen Frauen* aber auch eine Schlüsselrolle in den Widerstandsbewegungen, sowohl an der Front als auch an der Heimatfront: von Algerien bis Vietnam, von Syrien bis Palästina, von Kurdistan bis zur Ukraine.

Die Autorinnen des Manifests «Feministischer Widerstand gegen den Krieg» sprechen den ukrainischen Frauen* dieses Recht auf Widerstand ab, das einen grundlegenden Akt der Selbstverteidigung der Unterdrückten darstellt. Im Gegensatz dazu betrachten wir feministische Solidarität als eine politische Praxis, die auf die Stimmen derjenigen hören muss, die direkt von imperialistischer Aggression betroffen sind. Feministische Solidarität muss das Recht der Frauen* verteidigen, ihre Bedürfnisse, politischen Ziele und Strategien zur Erreichung dieser Ziele selbst zu bestimmen. Ukrainische Feministinnen haben schon lange vor dem jetzigen Zeitpunkt gegen systemische Diskriminierung, Patriarchat, Rassismus und kapitalistische Ausbeutung gekämpft. Wir haben diesen Kampf sowohl während des Krieges als auch in Friedenszeiten geführt und werden ihn auch weiterhin führen. Die russische Invasion zwingt uns jedoch, uns auf die allgemeinen Verteidigungsbemühungen der ukrainischen Gesellschaft zu konzentrieren: den Kampf ums Überleben, um grundlegende Rechte

und Freiheiten, um politische Selbstbestimmung. Wir fordern eine sachkundige Bewertung einer konkreten Situation anstelle einer abstrakten geopolitischen Analyse, die den historischen, sozialen und politischen Kontext ausser Acht lässt. Abstrakter Pazifismus, der alle am Krieg beteiligten Seiten verurteilt, führt in der Praxis zu unverantwortlichen Lösungen. Wir pochen auf den wesentlichen Unterschied zwischen Gewalt als Mittel der Unterdrückung und als legitimes Mittel der Selbstverteidigung.

Die russische Aggression untergräbt die Errungenschaften der ukrainischen Feministinnen im Kampf gegen politische und soziale Unterdrückung. In den besetzten Gebieten setzt die russische Armee Massenvergewaltigungen und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt als militärische Strategie ein. Die Errichtung des russischen Regimes in diesen Gebieten birgt die Gefahr der Kriminalisierung von LGBTIQ+-Personen und der Entkriminalisierung häuslicher Gewalt. In der gesamten Ukraine wird das Problem der häuslichen Gewalt immer akuter. Die weitgehende Zerstörung der zivilen Infrastruktur, die Bedrohung der Umwelt, die Inflation, die Verknappung und die Vertreibung der Bevölkerung gefährden die soziale Reproduktion. Der Krieg verschärft die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und verlagert die Arbeit der sozialen Reproduktion – unter besonders schwierigen und prekären Bedingungen – weiter auf die Frauen. Die steigende Arbeitslosigkeit und der Angriff der neoliberalen Regierung auf die Arbeitnehmer_innenrechte verschärfen die sozialen Probleme weiter. Auf der Flucht vor dem Krieg sind viele Frauen*

gezwungen, das Land zu verlassen, und befinden sich aufgrund von Hindernissen beim Zugang zu Wohnraum, sozialer Infrastruktur, stabilem Einkommen und medizinischer Versorgung (einschliesslich Verhütung und Abtreibung) in einer prekären Lage. Sie laufen auch Gefahr, in die Falle des Sexhandels zu geraten. Wir rufen Feministinnen aus aller Welt auf, unseren Kampf zu unterstützen.

Wir fordern:

- das Recht auf Selbstbestimmung, den Schutz des Lebens und der Grundfreiheiten sowie

- das Recht auf (auch bewaffnete) Selbstverteidigung für das ukrainische Volk – wie auch für andere Völker, die imperialistischer Aggression ausgesetzt sind.

- einen gerechten Frieden auf der Grundlage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes, sowohl in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten als auch in den vorübergehend besetzten Gebieten, in denen die Interessen von Arbeitern, Frauen, LGBTIQ+-Menschen, ethnischen Minderheiten und anderen unterdrückten und diskriminierten Gruppen berücksichtigt werden.

- internationale Gerechtigkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der imperialistischen Kriege der Russischen Föderation und anderer Länder.

- wirksame Sicherheitsgarantien für die Ukraine und wirksame Mechanismen zur Verhinderung weiterer Kriege, Aggressionen und der Eskalation von Konflikten in der Region und in der Welt.

- Freizügigkeit, Schutz und soziale Sicherheit für alle Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, unabhängig von ihrer Herkunft.

- Schutz und Ausbau der Arbeitnehmer_innenrechte, Widerstand gegen Ausbeutung und Überausbeutung sowie Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen.

- Priorisierung des Bereichs der sozialen Reproduktion (Kindergärten, Schulen, medizinische Einrichtungen, soziale Unterstützung usw.) beim Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg.

- Erlass der Auslandsschulden der Ukraine (und anderer Länder der globalen Peripherie) für den Wiederaufbau nach dem Krieg und Verhinderung einer weiteren Austeritätspolitik.

- Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewährleistung der wirksamen Umsetzung der Istanbul-Konvention.

- die Achtung der Rechte und die Stärkung der Rechte von LGBTIQ+ Menschen, nationalen Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und anderen diskriminierten Gruppen.

- die Umsetzung der reproduktiven Rechte von Mädchen und Frauen, einschliesslich des allgemeinen Rechts auf Sexualerziehung, medizinische Dienstleistungen, Medizin, Verhütung und Abtreibung.

- garantierte Sichtbarkeit und Anerkennung der aktiven Rolle der Frauen im antiimperialistischen Kampf.

- die Einbeziehung der Frauen in alle gesellschaftlichen Prozesse und Entscheidungsprozesse, sowohl im Krieg als auch in Friedenszeiten, gleichberechtigt mit den Männern.

- das Recht auf Selbstbestimmung, den Schutz des Lebens und der Grundfreiheiten sowie das Recht auf (auch bewaffnete) Selbstverteidigung für das ukrainische Volk – wie



Graffiti in Simferopol. Unterzeichnet mit «Scharik» (kleine Kugel).

auch für andere Völker, die imperialistischer Aggression ausgesetzt sind.

- einen gerechten Frieden auf der Grundlage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes, sowohl in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten als auch in den vorübergehend besetzten Gebieten, in denen die Interessen von Arbeitern, Frauen, LGBTIQ+-Menschen, ethnischen Minderheiten und anderen unterdrückten und diskriminierten Gruppen berücksichtigt werden.

- internationale Gerechtigkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der imperialistischen Kriege der Russischen Föderation und anderer Länder.

- wirksame Sicherheitsgarantien für die Ukraine und wirksame Mechanismen zur Verhinderung weiterer Kriege, Aggressionen und der Eskalation von Konflikten in der Region und in der Welt.

- Freizügigkeit, Schutz und soziale Sicherheit für alle Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Der russische Imperialismus bedroht heute die Existenz der ukrainischen Gesellschaft und betrifft die ganze Welt. Unser gemeinsamer Kampf gegen ihn erfordert gemeinsame Prinzipien und globale Unterstützung. Wir rufen zu feministischer Solidarität und Aktion auf, um Menschenleben sowie Rechte, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit zu schützen. Wir stehen für das Recht auf Widerstand. Wenn die ukrainische Gesellschaft sich nicht aktiv wehrt, dann gibt es keine ukrainische Gesellschaft mehr. Wenn Russland die Waffen niederlegt, endet der Krieg.

European network for solidarity with Ukraine

* Unter Frauen verstehen wir alle, die sich selbst als solche definieren, unabhängig davon, ob ihnen dies bei der Geburt zugewiesen wurde oder nicht.

Mal in meinem Leben von meinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.» (...) Heute hofft er, dass dieser neue Präsident dem Land den lang geforderten Wandel bringen wird.

Das Schwert von Bolívar

Die Zeremonie findet in Anwesenheit von mehreren lateinamerikanischen Präsidenten statt. Darunter Gabriel Boric aus Chile, Guillermo Lasso aus Ecuador, Mario Abdo Benítez aus Paraguay, Luis Arce aus Bolivien und Alberto Fernández aus Argentinien. Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador lässt sich von seiner Frau Beatriz Gutiérrez und dem mexikanischen Außenminister, Marcelo Ebrard, vertreten. Aus den USA ist Samantha Power, Direktorin der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) angereist. Auch der König von Spanien, Felipe VI, ist vor Ort. Als er die Bühne betritt, wird er vom Publikum mit Buhrufen empfangen.

Barbosa starrt gespannt auf den Grossbildschirm, während nach der Vereidigung Petros dessen Worte über die Lautsprecher ertönen: «Ich, als Präsident, bitte die kolumbianische Armee, das Schwert von Bolívar zur Zeremonie zu bringen.» Jubel bricht aus. Das Schwert steht für die Unabhängigkeit Kolumbiens und die Souveränität Lateinamerikas. Denn Simón Bolívar war es, der die Unabhängigkeitskriege gegen die spanische Kolonialherrschaft in Venezuela, Kolumbien, Panama und Ecuador anführte.

Doch das Schwert steht am heutigen Tag noch für ein anderes historisches Ereignis. Die städtische Guerilla «Movimiento 19 de Abril» (M-19), in der auch Petro Mitglied war, hat es in den 1980er-Jahren gestohlen und erst nach deren Demobilisierung der kolumbianischen Regierung ausgehändigt. Der scheidende Präsident Iván Duque hatte zuvor die Bitte von Gustavo Petro, das Schwert herauszugeben, abgelehnt.

Dass Petro kurz nach seiner Amtseinführung das Schwert bringen lässt, freut Barbosa. Dies sei eine Machtdemonstration «Damit zeigt Petro, dass es jetzt anders läuft», sagt er mit einem Lachen auf dem Gesicht. Als der General mit dem symbolträchtigen Schwert auf der Bühne erscheint, erheben sich auch die Ehrengäste von ihren Stühlen, um Petro zu applaudieren. Nur der spanische König Felipe VI. bleibt regungslos und mit versteineter Miene sitzen. In Spanien wird dieser Akt noch zu einer Kontroverse führen.

Bruch mit der Tradition

Petro lässt sich im Anschluss auf den Jubel der Präsidentenschärpe von María Jose Pizarro umlegen. Sie gehört zum «Pacto Histórico», Petros Bündnis, und ist die Tochter des ehemaligen Guerillero und Präsidentschaftskandidaten Carlos Pizarro Leongómez, der 1990 ermordet wurde. Auch er war Mitglied der M-19. Ein bezeichnender Akt des neuen Präsidenten, denn nach Protokoll hätte ihm das glänzende Stück Stoff von Senatspräsident Senator Roy Barreras umgelegt werden sollen.

Gustavo Petros Vergangenheit wird von der politischen Opposition immer wieder gegen ihn verwendet, auch weil die M-19 für den Anschlag auf den kolumbianischen Justizpalast in Bogotá am 6. November 1985 verantwortlich war. Petro aber hat sich während

KOLUMBIEN

Das Kabinett des Wandels

Am 7. August 2022 wurden Gustavo Petro als erster linker Präsident in der jüngeren Geschichte Kolumbiens und Francia Marquez als erste schwarze Vizepräsidentin vereidigt. Schon während der Zeremonie bricht der neue Amtsträger mit langjährigen Traditionen. Ein Ausblick auf das, was in Kolumbien noch folgen könnte.

Die Leute drängen sich auf dem «Plaza Bolívar» in Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, aneinander. Mittendrin David Alexander Silva Barbosa. Der 34-Jährige wartet bereits seit Stunden und starrt gebannt auf einen der Grossbildschirme, die die Zeremonie in der ganzen Stadt übertragen werden. Es ist das erste Mal, dass die Vereidigung eines Präsidenten in Bogotá über 100.000 Zuschauerinnen anzieht. Die ganze Veranstaltung gleicht mit über 70 nationalen Musikerinnen und Artistinnen eher einem Openair-Festival. Es wird gelacht und getanzt. Immer wieder ertönen Salsa-, Cumbia- und Vallenato-Klänge, die für das multikulturelle Kolumbien stehen. Hier und da ein Hauch von Revolution, der sich in symbolträchtigen Liedern oder Gesten manifestiert. Am «Plaza Bolívar» steht das Regierungsgebäude «Casa de Nariño», vor dem eine riesige Festbühne aufgebaut ist. Der Platz steht auch für die landesweiten Demonstrationen, bei denen ein beträchtlicher Teil der kolumbianischen Bevölkerung vor etwas mehr als einem Jahr gegen die scheidende Regierung, Polizeigewalt und für

soziale Gerechtigkeit demonstriert hat.

Doch an diesem 7. August 2022 ist alles anders. Denn heute werden Gustavo Petro als Präsident und Francia Marquez als erste schwarze Vizepräsidentin vereidigt. Zusammen bilden sie die erste linke Regierung in der jüngeren Geschichte Kolumbiens. Für Barbosa war es sehr wichtig, heute hier zu sein. Der 34-jährige gut ausgebildete Kolumbianer gehört zu dem grossen Teil der kolumbianischen Bevölkerung, die eine Regierung satt hat, die sich durch Korruption und Menschenrechtsverletzungen ins Abseits befördert hatte. Barbosa selber hat aus erster Hand erfahren, was es bedeutet, für diese Regierung zu arbeiten. Als Finanzprüfer war er mehr als fünf Jahre für das Bildungsministerium tätig. Mittlerweile hat er seinen Job aber wegen Bestechungsversuchen und mehrfachen Drohungen gekündigt. Er verfolgt die politische Karriere Petros schon seit seinen Anfängen, als dieser für das Bürgermeisteramt in Bogotá kandidierte. Barbosa, der in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen ist, sagt: «Wegen ihm beschloss ich, das erste



seiner Zeit in der Guerilla stets gegen Gewalt ausgesprochen. Petros Mitgliedschaft in der M-19 stört Barbosa nicht. «Für mich ist die Rebellion einer Guerilla kein Verbrechen, wenn sie ein politisches Ziel verfolgt, das sich gegen die Ideen einer schlechten Regierung richtet», sagt er. Leute wie Barbosa glauben, dass Petro und Márquez den Frieden bringen. «Seit der Wahl der neuen Regierung liegt eine gewisse Aufbruchstimmung in der Luft», sagt er. Die Wahl des Kabinetts, das von kolumbianischen Medien «Kabinett des Wandels» genannt wird, steht wegweisend für die Richtung, die Petro und Márquez zu verfolgen scheinen. Mehr als die Hälfte der Ministerposten sind von Frauen besetzt. Rund 13 Posten gehen an linke Aktivistinnen und Aktivisten. Doch auch Konservative besetzen Ministerien wie das der Justiz oder des Verkehrs. Etwas mehr als die Hälfte der ernannten Ministerinnen und Minister haben bereits ausserhalb von Kolumbien gelebt oder gearbeitet.

Der Weg zum «totalen Frieden»

Barbosa will sich jetzt ein Bier holen, das es aber nur ausserhalb des abgesperrten Geländes gibt. Die Veranstaltung ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass sich eine grosse Menge von Besucherinnen und Besuchern in Richtung Ausgang bewegt. Die Menschen mussten sich beim Betreten der Strasse, die zum Plaza Bolívar führt, abtasten lassen. In langen Schlangen standen dort schon am frühen Morgen unzählige Schaulustige, um sich die Plätze mit der besten Sicht zu sichern. Eine knappe Stunde später steht der Kolumbianer an einem Kioskwagen. Nebst kolumbianischem «Poker»-Bier werden hier auch Kaugummis, Zigaretten und Hot Dogs verkauft. Silva Barbosa nimmt einen Schluck aus

der gelben Dose und erzählt, dass er, wenn er auch Hoffnung in den neuen Präsidenten setze, ihm nicht blind vertraue. Enttäuscht hat ihn im Vorfeld zur Amtseinhaltung, dass sich Petro mit Ex-Präsident Álvaro Uribe, seinem politischen Gegner, getroffen hat.

Gegen Álvaro Uribe läuft ein Verfahren, er wird sich noch dieses Jahr wegen Bestechung und Verwicklung in paramilitärische Strukturen verantworten müssen. Gleichzeitig ist die Sonderjustiz für den Frieden («Justicia Especial para la Paz», JEP) an der Aufarbeitung des Verbrechens der «Falsos positivos (Falschen Positiven)» beschäftigt. Dabei wird der Mord an über 6400 Zivilistinnen und Zivilisten untersucht, die während der Amtszeit von Uribe zwischen 2002 und 2008 als in bewaffneten Kämpfen gefallenen Guerillakämpferinnen ausgegeben wurden. Noch heute suchen die Angehörigen der Opfer Gerechtigkeit.

Silva Barbosa beurteilt das Treffen zwischen Petro und Uribe kritisch: «Es muss von einem neutralen Standpunkt aus bewertet werden», sagt er. Er glaubt, dass Petro mit dieser Geste versucht habe, im Einklang mit seinen Ideen zu handeln, die den Begriff des Dialogs und des «paz total» (des totalen Friedens) implizieren, «Für viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer ist dieses Treffen aber natürlich ein Verrat an den Wählern oder ein Zeichen, dass Petro nun vor dem Mann auf die Knie geht, der für unzählige Morde an Unschuldigen verantwortlich ist, so Silva Barbosa. Den Begriff des «totalen Friedens» verwende Petro immer, um sich von vorangehenden Regierungen abzugrenzen, die sich öffentlich mit dem Friedensvertrag zwischen der Farc-Guerilla und der Regierung (2016) brüsteten, in der Praxis aber nie an einem friedlichen Zusammen-

leben arbeiteten. Wie Petro in den nächsten Tagen ankünden wird, will er nicht nur das Gespräch mit der Opposition herstellen, sondern auch mit paramilitärischen Dissidenten wie dem «Clan del Golfo» oder mit bewaffneten Gruppen wie die der Farc-Dissidenten oder der ELN-Guerilla («Ejército de Liberación Nacional»).

Der kolumbianische Hochkommissar für den Frieden, Iván Rueda, wird eine knappe Woche nach der Amtseinhaltung Petros nach Havanna reisen, um sich dort mit dem kubanischen Aussenminister Álvaro Leyva zu treffen. ELN-Mitglieder, die in Kuba stationiert sind, hatten im Vorfeld bereits ihre Bereitschaft zum Dialog bekundet.

Annäherung unter Nachbarn

Ebenfalls werden Gustavo Petro und der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, ankünden, dass sie bei einem Gespräch die diplomatischen Beziehungen zwischen den Nachbarländern wieder herstellen. Ebenfalls sollen Pläne für die Wiedereröffnung der Grenze «seriös» angestrebt werden. Der Flugverkehr zwischen den Ländern ist seit der Amtszeit Duques unterbrochen, dies obwohl rund zwei Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner in Kolumbien wohnen. Was in Kolumbien umstritten ist, wird von Barbosa begrüsst. «Wenn zwei Länder eine gemeinsame Grenze haben, wer ist dann am meisten vom Abbruch der Beziehungen betroffen?» Die Entscheidung Petros spiegelt seiner Meinung nach seine Sensibilität für die an der Grenze zu Venezuela lebenden Menschen wider. Die Xenophobie ist gegenüber den Venezolanerinnen und Venezolanern laut Barbosa auch das Resultat einer vorgängigen Politik, die das Nachbarland Venezuela als Staatsfeind erklärt hatte.

Auch steht die Bekämpfung der Kriminalität, die vor allem an der Grenze sehr hoch ist, auf der Themenliste Petros. Er steht vor einer schwierigen Aufgabe, denn in Venezuela ist ein grosser Teil bewaffneter Gruppen untergebracht. Doch damit soll sich das neue Ressort «Frieden, Sicherheit und Koexistenz» befassen. Der Präsident des Senats, Roy Barreras, und der Verteidigungsminister, Iván Velásquez, haben sich bereits mit diesem Thema befasst. Zu diesem Ressort soll auch die kolumbianische Polizei gehören. Ein weiteres Beispiel dafür, dass Petro das Wort «Frieden» zum Beinamen seiner Regierung machen will.

Kämpferin für soziale Gerechtigkeit

Gleichzeitig wird Vizepräsidentin Francia Márquez in den kommenden Tagen verkünden, dass sie das «Ministerium für Gleichstellung» schaffen wird, wo sie alle sozialen Aufgaben der Exekutive unter einem Dach zusammenfassen will. Die Afrokolumbianerin konnte mit ihren Botschaften viele

nicht-gehörte Stimmen erreichen. Sie stammt aus Suárez im Departement Cauca, einem Departement, das repräsentativ für die systematische Diskriminierung von ethnischen Gemeinschaften steht, insbesondere der schwarzen und indigenen Bevölkerung. Dort kämpfte Márquez seit ihren Jugendtagen als Menschenrechts- und Umweltaktivistin für mehr soziale Gerechtigkeit und wurde international dafür ausgezeichnet. Durch ihre Herkunft und ihren Kampf verkörpert sie neben Petro den Wandel, den Kolumbien so dringend braucht. Grundsätzlich wird sich schon in den ersten Tagen der Amtszeit der neuen Regierung zeigen, dass sich die politische Agenda des kolumbianischen Parlaments nach Mitte-links verschoben hat.

Auf dem Plan steht wegen dem Wirtschaftsdefizit das neue Steuerpaket, welches zu landesweiten Demonstrationen geführt hat und an welchem seine Vorgänger kläglich gescheitert sind. Petros Vorschlag sieht eine Besteuerung von zuckerhaltigen Getränken und weiterverarbeiteten Lebensmitteln vor.

Bei hohen Renten, Selbstständigkeit und Dividenden soll der Steuersatz erhöht werden. Mit dem Mehrertrag von umgerechnet rund 11 Milliarden Franken jährlich sollen Sozialprogramme querfinanziert werden.

In der «Carrera Séptima», der Strasse, die zum «Plaza Bolívar» führt, hat sich am Abend des 7. August die Lage beruhigt. Die Besucherinnen und Besucher konnten das Areal ohne Zwischenfälle verlassen und scharen sich in kleinen Grüppchen um Strassenmusikant-inn-en oder essen Hamburger und Empanadas. Barbosa ist müde. Er hatte den ganzen Tag vor Aufregung nichts gegessen und macht sich auf den Heimweg Richtung Chapinero. Der Wind bewegt die kolumbianische Flagge, die sich Barbosa für die Zeremonie über die Schultern geworfen hatte. Er lacht verschmitzt und wirft einen Blick zurück – dorthin, wo heute kolumbianische Geschichte geschrieben wurde.

Samina Yasmin Stämpfli,
freie Journalistin, Kolumbien

MEXIKO

Gemeindeland gerettet

Im Herbst 2021 hat das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) eine europaweite Informationstournee einer Delegation von Indigenen aus Oaxaca, die ihr Gemeindeland gegen Mega-Windkraftwerke verteidigen, finanziell mitermöglicht. Eine Mitteilung der indigenen Initiative spricht vom Erfolg ihrer Bestrebungen:

«Wir, die Comuneros und Comunereras der indigenen Gemeinschaft der Zapoteken in Unión Hidalgo, begrüßen die entschlossenen Aktionen, durch die das soziale Eigentum unseres Gemeindelandes, die Menschenrechte und die Verteidigung des Territoriums gesichert wurden. Aktionen, die unsere Landwirtschaft schützen und das soziale Gefüge stärken, das durch den Einzug des Privatkapitals schwer beschädigt wurde. Der Prozess der Enteignung und Privatisierung unseres Gemeindelandes stand unter dem Vorzeichen von Entwicklung und angeblichem Fortschritt.

(...) Das Energieprojekt Gunaa Sicarú (mit riesigen Windkraftwerken, Anm. d. Red.), das von der Electricité de France (EDF) initiiert wurde, hätte 4700 Hektar Gemeindeland beansprucht und stützte sich auf ein Privatisierungsschema, das wir in nationalen und internationalen Foren angeprangert haben.

Die Annullierung der EDF-Verträge im Juni 2022 durch das mexikanische Energieministerium und die «Föderale Kommission für Elektrizität» ist das Ergebnis einer Konvergenz der Kräfte und der Forderungen nach den Rechten der zapotekischen Gemeinde in Unión Hidalgo, Oaxaca, die im Jahr 2017

begonnen hatte. Wir sind dankbar für die Unterstützung und die Solidarität der Nichtregierungsorganisationen, die ihre Kräfte gebündelt und unserem Kampf Nachdruck verliehen haben: ProDESC, Código DH und das Kollektiv Stop EDF Mexico. Wir sind auch unseren Brudervölkern dankbar, die uns in diesem Widerstand unterstützt haben, sowie den Kollektiven, die uns ihre solidarische Hand gereicht haben.

Wir fordern die Behörden auf allen Regierungsebenen auf, dem Bundesdekret vom 17. Juni 1964, welches das territoriale Erbe des Agrarkerns von Juchitán anerkennt, Priorität einzuräumen. Wir rufen dazu auf, die Änderung der Landordnung und die Privatisierung mit irreführenden und betrügerischen Mechanismen zu verhindern, bei denen das Land zur Ware wird und keine Verbindung mehr zum Leben hat. Denn dadurch werden das territoriale Erbe und seine Naturreservate zum Schaden künftiger Generationen gefährdet.

Unser Kampf ist stärker als je zuvor. Die Verteidigung des Landes ist eine Pflicht für alle. Nie wieder eine indigene Gemeinschaft ohne soziales Bewusstsein und ohne Kenntnis ihrer Rechte! Beenden wir die Enteignung des Gemeindelandes von Juchitán und Umgebung!»

Comuneros und Comunereras der Unión Hidalgo, Oaxaca, Mexiko

Archipel

Monatszeitung des
Forum Cívique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Wie soll Frontex reformiert werden?

Am 15. Februar 2022 schloss die EU-Antibetrugsbehörde OLAF ihren Bericht über die Europäische Grenzschutzagentur Frontex ab. Der Bericht umfasst 129 Seiten und wird aber bis heute geheim gehalten. Zum Glück wurde er einem Rechercheteam von Lighthouse Report, Spiegel und Le Monde zugespielt.

Er belegt mit amtlicher Autorität zum einen die massiven Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten an den europäischen Aussen Grenzen, die Frontex mitträgt und zum anderen die systematische Kontrollverweigerung der Frontex-Leitung durch eigene oder andere EU-Gremien. Wer einen Beweis für die Nicht-Reformierbarkeit dieser Behörde braucht: Die Lettländerin Aija Kalnaja, heutige Direktorin von Frontex und Nachfolgerin des unhaltbar gewordenen Franzosen Fabrice Leggeri, hat den Bericht nicht einmal gelesen!

Bezüglich interner Kontrolle nur ein Beispiel: Die Grundrechtsbeauftragte von Frontex, die Spanierin Immaculada Arnaez, erhielt vom Leitungsteam (noch unter Ex-Direktor Leggeri) den Übernamen «Pol Pot» in Anspie-

lung an den kambodschanischen Diktator und Massenmörder. Dieselbe Leitung wird im Bericht dahingehend zitiert, dass die Kontrollmechanismen der EU das Überleben der Agentur gefährden könnten¹. Wer möchte noch ernsthaft an eine Reformierbarkeit dieser Organisation glauben?

Der Skandal im Skandal

Die Schweiz ist bekanntlich auch Mitglied von Frontex und entsendet zwei Vertreterinnen in den Verwaltungsrat der Agentur. Medea Meier und Marco Benz mussten also vom OLAF-Bericht Kenntnis haben und hätten den Bundesrat über dessen Brisanz informieren müssen. Auch die Schweizer Öffentlichkeit hätte zwingend vom Inhalt erfahren

müssen, denn sie stimmte am 15. Mai 2022 über eine massive Erhöhung der finanziellen und personellen Beteiligung der Schweiz an Frontex ab.

Als Verwaltungsrat Marco Benz während des Abstimmungskampfes im vergangenen April beteuerte, dass Frontex den Schutz der Grundrechte sehr ernst nehme, hatte er bereits Kenntnis vom Inhalt des OLAF-Berichts. Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), das für die Zusammenarbeit mit Frontex zuständig ist und dem Bundesrat Ueli Maurer untersteht, bestätigt auf Anfrage der WOZ², dass die Mitglieder die Möglichkeit hatten, den Bericht vor Ort einzusehen. «Die Schweizer Vertreterin im Verwaltungsrat hat am 7. März 2022 davon Gebrauch gemacht und in der Folge Bericht erstattet.» Dies bedeutet, dass Finanzminister Maurer und Justizministerin Keller-Suter von diesem Zeitpunkt an Kenntnis vom verheerenden Befund der Untersuchung haben mussten. Die Beteiligung des schweizerischen Bundesrats an der systematischen Verschleierung und Vertuschung der Missstände innerhalb von Frontex und die Irreführung der Stimmbürgerinnen vor der Volksabstimmung vom 15. Mai 2022 ist damit erwiesen.

Claude Braun

1. Le Monde-Artikel vom 29.7.2022

2. Siehe dazu Woz-Artikel von Lukas Tobler vom 4.8.2022

LAUTSPRECHER: Gute Nachrichten!

Das Hauptziel von Free Svydovets ist es, die Umwelt vor menschlichen Aktivitäten zu schützen, die das einzigartige Ökosystem des Svydovets-Gebirges und der gesamten Karpatenregion beeinträchtigen könnten.

Wir setzen uns für die Erhaltung der Umwelt und der traditionellen bäuerlichen Landwirtschaft in den Karpaten ein; für eine kontrollierte und rationale Forstwirtschaft; für die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus (ländlicher Tourismus, Ökotourismus, gastronomischer Tourismus, Ethnotourismus usw.); für die Entwicklung des traditionellen Handwerks und der nachhaltigen Landwirtschaft; für die Einrichtung neuer Naturschutzgebiete und die Ausweitung bestehender Schutzgebiete auf dem Svydovets-Gebirge; für die Erhaltung der Artenvielfalt und der gefährdeten Pflanzen und Tiere, deren Lebensraum das Gebirge ist; sowie den Schutz der natürlichen Quelle und des natürlichen Beckens des Flusses Theiss.

Wir wenden uns gegen die Urbanisierung und die Änderung der Landzuteilung im Svydovets-Gebirge sowie gegen die irrationale Nutzung natürlicher Ressourcen, einschliesslich der Waldressourcen. Und wir gehen juristisch gegen die illegalen Abholzungen und die korrupte Vorgangsweise der Verwaltungen vor.

Am 19. Juli gaben die Richter des Verwaltungsgerichts in Usch-

gorod den ersten drei Aktivist:innen von Free Svydovets voll und ganz Recht, indem sie die Dekrete der Verwaltungen der Bezirke Chust und Rachiw, die grünes Licht für den Beginn des Mega-Ski-gebiets auf dem Svydovets-Massiv gegeben hatten, für ungültig erklärten.

Nach einem fünfjährigen Gerichtsverfahren hatte der Oberste Gerichtshof der Ukraine im Herbst 2021 den Fall an das Gericht der ersten Instanz zurückgewiesen, die uns nun erneut Recht gegeben hat. Bis zum 29. Juli können unsere Gegner:innen Berufung einlegen. Bis dahin ist dies ein kleiner Sieg für unsere Bewegung Free Svydovets – endlich einmal ein gutes Gefühl in dieser schwierigen Zeit!

Wir möchten uns im Namen aller ukrainischen Aktivist:innen bei Ihnen für Ihre internationale Unterstützung bedanken. Und vielen Dank an die Europäische Kooperative Longo mai und den Bruno Manser Fond.

Das Free Svydovets-Team